

Rote Hilfe



Vorwärts und nicht vergessen, worin unsere Stärke besteht, beim Hungern und beim Essen, vorwärts, nie vergessen, die SOLIDARITÄT!

5 spanische Revolutionäre ermordet



Die Völker Spaniens werden sie rächen!

Am 27.9.75 wurden im Morgengrauen in Madrid die Genossen der PCE/ML (Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten) und der FRAP (Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front) Ramon Garcia Sanz, Jose Luis Sanchez-Bravo und Jose H. Baena von Mordkommandos der Guardia Civil und der bewaffneten Polizei erschossen.

Gleichzeitig wurden in Burgos der baskische Revolutionär Angel Otaegui und in Barcelona das ETA-Mitglied Juan Paredes Manot, genannt Txiki, ermordet. Die Todesurteile gegen die anderen Revolutionäre und Antifaschisten wurden in lebenslange Haftstrafen umgewandelt.

In Militärgerichtsverfahren, z.T. in Schnellgerichtsverfahren, sogenannten Sumarissimo, bei denen es keine Revisions- oder Berufungsmöglichkeit gibt, waren die Genossen zum Tode verurteilt worden. Ihnen war vorgeworfen worden, Angehörige der faschistischen Polizei hingerichtet zu haben. Doch die Franco-Diktatur hatte nicht die Spur eines Beweises, „Geständnisse“ hatte sie sich durch brutale Folter beschafft. Die angeklagten Genossen ließen sich aber nicht durch diesen Terror einschüchtern. So zeigten z.B. die Genossen der FRAP vor dem Militärgericht auf, daß diese „Geständnisse“ nichts anderes sind als ein blutbefleckter Fetzen Papier, sie prangerten mutig die Folter an, der sie in den faschistischen Gefängnissen unterzogen worden waren und zeigten als Beweis dafür ihre Wunden. Sie erklärten, daß der ganze Prozeß eine Farce sei, daß sie für die ihnen zur Last gelegten Hinrichtungen nicht verantwortlich seien, bekannten sich zum Kampf des spanischen Volkes gegen die faschistische Diktatur, zu ihrer Mitgliedschaft in der PCE/ML und der FRAP.

Die weltweite Protestbewegung konnte nicht das Leben aller 11 zum Tode verurteilten Revolutionäre und Antifaschisten retten. Fünf von ihnen wurden, willkürlich herausgegriffen, ermordet.

Doch war der Protest deshalb umsonst? Sicher nicht!

Das Franco-Regime will mit der Erschießung der Genossen ein Exempel statuieren. Es sieht, daß seine Tage gezählt sind und versucht, die spanischen Völker einzuschüchtern, vom weiteren Kampf gegen die blutige Diktatur abzuhalten und so die Zeit der eigenen Herrschaft zu verlängern. Die Faschisten sehen keinen Ausweg mehr, deshalb wüten sie mit Massenverhaftungen, allein 250 im letzten Monat, deshalb

verschleppen und foltern sie die Angehörigen der politischen Gefangenen oder nehmen ganze Familien in Sippenhaft. Daher auch Schnellgerichtsverfahren ohne den geringsten Versuch der Beweisführung, daher auch Mord an Revolutionären.

Doch dieser Versuch, durch die Steigerung des faschistischen Terrors die Herrschaft zu retten, ist vergeblich, er erreicht das Gegenteil! Die Genossen, die von den Faschisten ermordet wurden, gaben ein hervorragendes Beispiel. Sie bettelten nicht um die Gnade ihrer Mörder, sondern setzten ihren Kampf für die Freiheit Spaniens bis zu ihrem Tode fort. Sie blieben ruhig und standhaft. So sang der Genosse Sanchez-Bravo in der Nacht vor seiner Ermordung zusammen mit seiner Schwester revolutionäre Lieder. Als die Hässcher Francos auf Juan Paredes anlegten, rief dieser: „Ich sterbe für das Vaterland. Es lebe das freie Baskenland“ und begann die baskische Hymne zu singen. Alle Ermordeten riefen in ihren letzten Briefen die spanischen Völker auf, dem wankenden Franco-Regime den Todesstoß zu versetzen. Die letzten Worte des Genossen Baena vor dem Militärgericht gehen durch ganz Spanien: „Mein Tod und der meiner Genossen sollen die letzten sein, die unter diesen Umständen von einem Militärtribunal ausgesprochen werden!“

Der brutale Terror des Franco-Regimes hat nur erreicht, daß sich die spanische Arbeiterklasse und das ganze spanische Volk noch enger zusammenschließen.

Das Volk erhebt sich

Seit 40 Jahren herrscht blutige Diktatur in Spanien. Francos Regime, vom Hitlerfaschismus in den Sattel gehoben, wird seit dem 2. Weltkrieg vom US-Imperialismus ausgehalten. An diesen ver-

schachert Franco die Reichtümer Spaniens. Der US-Imperialismus machte Spanien zu seiner Halbkolonie. Das Leben des spanischen Volkes wird von ungeheurer Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, Emigration und Elend bestimmt. Das spanische Volk hat sich aber nie mit diesem Unterdrückersystem abgefunden, es hat immer für ein freies, unabhängiges Spanien gekämpft und es tritt heute an, unter Führung der PCE/ML und der FRAP den Faschismus zu stürzen und die föderative Volksrepublik zu erkämpfen. Das zeigt der revolutionäre Generalstreik im letzten Herbst, das zeigen die vielen Demonstrationen und Streiks der letzten Wochen. Trotz des „Antiterrorgesetz-

zes“, das jegliche Kritik an dem faschistischen Regime verhindern soll, protestierten in Spanien Tausende auf der Straße, in den Betrieben und in den Wohnvierteln gegen die Todesurteile, besetzten z.B. 75 Anwälte in Barcelona die Räume ihrer Standesvertretung. Das zeigt besonders deutlich die Reaktion auf die Ermordung der fünf Genossen: für jeden von ihnen stehen zehn, ja hunderte neue Kämpfer im ganzen Lande auf. 5000 demonstrierten in San Sebastian, im Baskenland haben Streiks begonnen, in Algotro demonstrierten 500 mit den Worten „Mörder, Mörder!“, in vielen Städten Spaniens gab es Schweigemärsche.

Fortsetzung auf Seite 5



SPANISCHE BOTSCHAFT IN LISSABON IN FLAMMEN

Über 20 Schüsse auf Bochumer Angestellten Mordanschlag der Polizei

Am 18.9. gegen 1 Uhr nachts geht der 46jährige Familienvater Gerhard Send aus Bochum von seiner Stammkneipe nach Hause. Er überquert gerade die Straße am Schauspielhaus, da kommen mit hoher Geschwindigkeit einige Wagen herangefahren, zwei jagen auf den Platz am Schauspielhaus, Bremsen quietschen, Türen werden aufgerissen, ein kurzer Schrei ist zu hören, beinahe gleichzeitig wird von allen Seiten auf den Bochumer Angestellten geschossen. Insgesamt werden ca. 20 Schüsse abgegeben. Einer von ihnen trifft Send lebensgefährlich in der Hüfte. Ein anderer Schuß trifft eine Studentin, die am Rand des Platzes steht, schwer im Oberschenkel, ihrem Begleiter wird das Hosenbein zerfetzt. Einige Kugeln haben die Scheiben umliegender Geschäfte zerstört.

Überfall einer Verbrecherbande? Die Mafia? Nein – die Gangster sind Zivilpolizisten des Sonderfahndungskommandos. Sie fahnden nach „einem Mann in einer hellen Jacke.“ Herr Send hatte das Pech, daß er eine solche Jacke anhatte.

Zwei Zeugen dieser wilden Schießerei sind empört, daß die Polizei sich nicht um den schwer verletzt daliegenden Send kümmert, sie wollen ihm helfen. Doch kaum werden sie von Polizisten bemerkt, da wird einer brutal zurückgestoßen, dem anderen versetzt ein Polizist einen Kinnhaken.

Als Genossen der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS Frau Send besuchen, berichtet sie ihnen, was sie erlebt hat: „Am nächsten Tag nach der Schießerei habe ich beim Polizeipräsidenten Graf Hardenberg angerufen. Dessen Reaktion: „Ich bin im Urlaub, habe keinen Dienst. Rufen Sie doch morgen bei mir im Büro an.““

Am nächsten Tag wird ihr von der Polizei erzählt, ihr Mann habe mit seiner Gaspi- stole einen Polizisten aus drei Meter Entfer-

nung im Gesicht verletzt. Dann heißt es, er habe zweimal geschossen, aber niemand getroffen. Frau Send glaubt der Polizei nicht, sie will ihr Recht haben, aber sie hat, wie sie es selbst sagt, erlebt, „daß die ja alle unter einer Decke stecken“. Noch hofft sie auf die „unabhängige Überprüfung“, die von allen „Persönlichkeiten“ der Stadt und des Landes zugesichert wird, weil die Empörung der Bochumer Bevölkerung groß ist.

Doch wie sieht es damit aus?

Landespolizei wurde aus Düsseldorf eingeflogen, Generalbundesanwalt Hirsch schaltete sich ein, der Generalstaatsanwalt aus Hamm kam „spontan“ nach Bochum, doch haben sie ermittelt? Nein! Sie sind gekommen, um zu vertuschen. Stand am Anfang täglich etwas Neues über den Mordversuch der Polizei in der bürgerlichen Presse, so wartet man seit über einer Woche auf neue „Untersu-

Fortsetzung auf Seite 2

'Diese Polizei ist eine Bedrohung der Bevölkerung'

Fortsetzung von Seite 1

chungsergebnisse'. Das ist aber auch kein Wunder, wir kennen diese „neutralen Untersuchungen“. Ein altes Sprichwort sagt: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus.“

Der 17jährige Lehrling Erich Dohardt wurde 1973 in Dortmund von dem Polizisten Diehl erschossen. Diehl wurde freigesprochen. In dem Urteil heißt es: „Der Schußwaffengebrauch (und damit der Tod von Erich - d.

rechtfertigten Haß gegen diesen Polizeipararat in friedliche Bahnen zu lenken.“

Doch gerade bei diesem erneuten Mordversuch der Polizei zeigt sich deutlich, daß es dem Staatsapparat immer weniger gelingt, die Empörung in friedliche Bahnen zu lenken.

Die Genossen der OG Bochum der RHD, die ein Flugblatt zu diesem Mordversuch der Polizei verteilten und sich an einer Kundgebung der KPD/ML beteiligten, berichten: „Viele Menschen haben gerade nach diesem



Red.) ist notwendig und sachlich gerechtfertigt gewesen. ... Warum denn überhaupt die „Ermittlungen“, wenn das Urteil sowieso schon feststeht, wird sich mancher fragen. Dazu der Vater des erschossenen Erich Dohardt: „Dieser erste Termin (zuerst wurde Diehl in Dortmund zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt - d. Red.) fand überhaupt nur statt wegen der großen Empörung der Bevölkerung damals. ... Meiner Meinung nach stand in Karlsruhe das Urteil (Freispruch - d. Red.) schon fest. In Karlsruhe hat die ganze Verhandlung ja jetzt ganze 59 Min. gedauert. 'Neutrale Untersuchung' - ein Trick, um unsere Empörung einzuschläfern, unseren ge-

erneuten Polizeierror ihre Illusionen verloren und erkannt: diese Polizei, die allein in den letzten 8 Jahren über 200 Menschen ermordet hat, ist nichts anderes, als ein Unterdrückungsinstrument des kapitalistischen Staates.“ Dies kommt auch in einem Leserbrief zum Ausdruck, den 49 Schüler und Lehrer einer Bochumer Schule geschrieben haben:

„Wir haben jetzt bis an die Zähne bewaffnete Polizisten, die eine Legitimation haben, auf jeden zu schießen, auf den ein vager Verdacht fällt. Wir halten diese Polizei eher für eine Bedrohung der Bevölkerung als für einen Garant der Sicherheit, denn diese Vorfälle häufen sich in der letzten Zeit.“

KZ in der DDR

Ich fuhr vor kurzem mit einem Zug, der aus der DDR kam und mit vielen älteren Leuten besetzt war, die von Verwandtenbesuchen zurückkehrten. Ein älterer Mann in meinem Abteil erzählte mir viele Einzelheiten über das Leben unserer Klassenbrüder und -schwestern unter dem sozialfaschistische Regime drüben. Er hatte seine Schwester in Leipzig besucht. Er erzählte, daß ein Arbeiter durchschnittlich 600,- DM im Monat verdient und das einzige, was wirklich billig sei, seien Brot und Kartoffeln. Alles andere, was man zum normalen Leben braucht, wie auch Kleidung habe Preise, als handelte es sich um Luxusartikel. So kostete eine Hose, für die wir hier etwa 50,- DM bezahlen, in der DDR das Doppelte. Wenn manekauft, muß man stundenlang Schlangestehen, weil nur eine Verkäuferin bedient (die Lebensmittelgeschäfte sind staatlich), Obst gibt es kaum. Der Eintritt zur Leipziger Messe sei auf 16,- DM gestiegen und während sich die Werktätigen den Besuch kaum leisten können, kommen die Bonzen aus dem ganzen Land ange-reist: oft mit Taxis. Aber nicht nur das. In welchem Ausmaß die politische Unterdrückung durch den Staatsapparat besteht, zeigen zwei Beispiele. Er erzählte von Kneipenbesuchen. Mit guten Bekannten war es möglich, sich über politische Dinge zu unterhalten, aber so wie sich einer dazu setzt, den man nicht so gut kennt, muß man über das Wetter reden, weil man vor Spitzeln und deren Denunziation beim Staatssicherheitsdienst nicht sicher sein kann. Einmal wollte er zum Stadion in Leipzig und stieß bei seinem Spaziergang im Wald auf einen Stacheldrahtzaun, dahinter war Niemansland, auf dem scharfe Hunde herumliefen, dann

kam wieder eine dicke Stacheldrahtrolle und dahinter bewachte Baracken. Lange konnte er sich das nicht betrachten, weil er von VOPOS vertrieben wurde, er hätte da nichts zu suchen. Seine Schwester warnte ihn, da noch einmal hinzugehen, das sei ein Lager für politische Gefangene, also Leute, die gegen das sozialfaschistische Regime in der DDR sind.

D'K'P-Schläger überfallen Genossen

Der Arbeitskreis „Blumen für Stukenbrock“ der D,K'P veranstaltete eine echte Provokation für jeden wirklichen Antifaschisten. Unter dem Vorwand, der 65 000 vom Hitlerfaschismus ermordeten Rotarmisten zu gedenken, machten sie eine „Friedensfeier“ im Auftrag ihrer imperialistischen Herren in Moskau. Doch was hinter ihrem Friedensgeschwätz steckte, zeigte sich dann:

Eine Genossin der GRF (KPD) begann eine Rede: es lebe Stalin - es lebe Lenin! Im selben Augenblick griffen die Ordner der D,K'P die Genossen an. Mit Gummiknüppeln, Totschlägern, Eisenstangen, Latzen und Stöcken wird auf die Genossen eingepöbeln, gezielt auf die Köpfe. Wie besessen schlagen sie zu, führende Funktionäre machen mit, stacheln die Ordner an, schlagen mit, treten mit. Mit zerbrochenen Cola-Flaschen wird ins Gesicht geschlagen. Die Polizei, die zum Schutz der D,K'P-Schläger bereit stand, prügelte mit.

Fünf Genossen sind zum Teil schwer verletzt, sie müssen sofort ins Krankenhaus gebracht werden. Zertampelte Kränze und Gräber, übelste SS-Methoden der D,K'P-Ordner gegen Kommunisten und Revolutionäre - das ist das wirkliche Gesicht der Sozialfaschisten der D,K'P.

NACHRICHTEN

„KOMMUNISTEN WERDEN GEFEUERT

Prof. G. Schneider hatte öffentlich den Mord an Genossen G. Routhier angeprangert. Deshalb und weil er Landtagskandidat der GRF (KPD) ist, wurde er vorläufig vom Dienst suspendiert, wegen Verbreitung der Wahrheit. Die Bourgeoisie sagt das allerdings so:

„Prof. Schneider ist nicht gewillt, auch nur ein Mindestmaß an Loyalität gegenüber seinem Dienstherrn zu wahren. Er hat somit das Ansehen der Beamtenschaft in der Öffentlichkeit erheblich in Mitleidenschaft gezogen.“

Die Einleitung des Disziplinarverfahrens im letzten Semester wurde jedoch nicht kampfplos hingelassen. Viele Studenten solidarisierten sich mit dem Genossen, es kam zu größeren Auseinandersetzungen.

Der Kampf dagegen wird fortgesetzt!

FASCHISTEN SIND WILLKOMMEN...

Die Bourgeoisie die einerseits kommunistische und revolutionäre Lehrer gewaltsam aus der Schule prügeln läßt, setzt andererseits Faschisten in ihren Staatsdienst ein. Der Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“, G. Dekkert ist, nachdem er bereits einmal vom Dienst suspendiert wurde, wieder vom Verwaltungsgericht als Lehrer eingesetzt worden. Das langjährige NPD-Mitglied hat sich in den Augen der Bourgeoisie dadurch verdient gemacht, daß er bei der Oberbürgermeisterwahl in Weinheim „auf Anhieb“ 25 % der Stimmen verzeichnen konnte.(!)

In der Begründung des Disziplinarhofs heißt es, eine im Eilverfahren vorgenommene „summarische Prüfung“ (?) ließe nicht den Schluß zu, daß Dekkert der Beamter auf Lebenszeit ist, tatsächlich aus dem Dienst entfernt werden müsse.



Genossen des Agit-Prop-Trupps der KPD/ML „Rotes Sprachrohr Kiel“ sind zu 100 bis 550 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil sie durch „uniformiertes Auftreten“ eine „gemeinsame politische Anschauung“ kundgetan haben sollen. Die „Uniform“ bestand aus weißen Hemden und roten Halstüchern.

DREI PROFESSOREN VERURTEILT

Professor Domdey wurde zu 3.000 DM, Professor Sigrist zu 2.000 DM, Professor Schneider zu 900 DM verurteilt, weil sie eine Presseerklärung zum Mord an Günter Routhier unterzeichnet haben.

Polizeiknüppel gegen Jugendliche

Vor einiger Zeit brannte das Jugendfreizeithaus in der Thedinghauser Str. ab. Die Jugendlichen der Neustadt schlossen sich zu einer Initiative zusammen um vom Senat eine neue Freizeitanlage zu erzwingen. Sie suchten und fanden ein Haus. Es ist alt und steht leer. Sie forderten das Haus, sie bekamen es natürlich nicht. Es geht das Gerücht um, daß der Senat es lieber abreißen läßt, als es den Jugendlichen zu überlassen.

Am 22.8. demonstrierten die Jugendlichen zu dem Haus und wurden von der Polizei empfangen. Auf die ca. 300 Jugendlichen kamen 200 Polizisten. Da wurde Farbe auf die Demonstranten gesprüht, um sie nachher von den Passanten unterscheiden zu können, da wurden Provokateure in die Reihen der Jugendlichen geschickt, Jugendliche in den Hof geschleift und zusammengeprügelt. Einem wurde das Ohr abgeschlagen. Weiter wurde die neue Waffe: Pepper Fog eingesetzt. Ein Jugendlicher erzählte wie die wirkt: „Das Gas dringt in die Haut ein, man wird völlig orientierungslos, so daß die Polizisten leichtes Spiel haben, einen festzunehmen.“

Als die Polizisten merkten, daß die Jugendlichen kämpften, sperrten sie die Strassen ab. Einer Gruppe gelang es zu entkommen, die Polizisten folgten ihnen und sperrten schließlich ein ganzes Gebiet ab. Da konnten sie 15 Verhaftungen vornehmen.

Es war aber durchaus nicht so, daß die Jugendlichen auf sich selbst gestellt waren. Einige Anwohner warfen der Polizei Sachen auf den Kopf und ließen die Jugendlichen in ihre Hausflure.

Daß der Polizei es so leicht fiel, die Jugendlichen anzugreifen, die Verhaftungen vorzunehmen, war mit „Verdienst“ des KBW. In

keiner Weise wurden die Jugendlichen auf diesen Polizeierfall vorbereitet, weder inhaltlich noch organisatorisch. Einer der „Helden“ feuerte die Jugendlichen aus einem Auto heraus an „Kämpf! Wir müssen das Haus kriegen!“ Sie wurden regelrecht verheizt. Als dann Genossen der Roten Garde und des KJVD versuchten einen geordneten Rückzug zu organisieren, hetzten sie „Gerade ihr, ihr seid doch sonst immer diejenigen!“

Am Samstag organisierte sich ein Demonstrationstrupp von ca. 500 Jugendlichen aus Protest gegen den Polizeierror. Die Jugendlichen waren voller Haß und empört. Wir wurden die ganze Zeit von drei Mannschaftswagen verfolgt bzw. überholt. Am Markt, wo die Demonstration endete, reichten sich die Polizisten nebeneinander mit Helm und offener Pistolentasche.

Die Jugendlichen riefen Parolen wie: „Wir werden kämpfen, wir werden siegen, das Jugendzentrum werden wir kriegen!“ und „Polizei überall gegens Volk fürs Kapital“, „Schluß mit den Bürgerkriegsmännern der Polizei!“

Die Rote Hilfe Stadtteilaktivgruppe Bremen-Neustadt hat Kontakt mit den Jugendlichen aufgenommen, um sie im weiteren Kampf zu unterstützen.

Gutachter weisen nach: Isolierhaft ist Folter

„Ich fühle mich ständig schlapp und müde, kann aber trotzdem nicht schlafen. Einschlafen vor 24 Uhr ist völlig unmöglich. Tagsüber: Muskeln fangen an unkontrolliert zu zucken. Beim Lesen sehe ich am Buch oder an der Zeitung vorbei, an der Wand große schwarze Flächen, die sich nach allen Richtungen hin und her bewegen. Schreiben: eine elende Quälerei, mitten im Satz weiß ich nicht mehr, wie ich den Satz beenden soll. Ab 18 Uhr kommt der totale Nebel. Eine Metallklammer legt sich um den Kopf, preßt ihn zusammen (so kommt es mir jedenfalls vor). – Ständig das Gefühl in eine Ohnmacht zu sinken, klare Momente nur ganz selten. Augenschmerzen, ständige Kopfschmerzen ...“

Das schrieb Ulrich Luther, der zu lebenslanger Haft verurteilt wurde und als politischer Gefangener durch die Isolationshaft schon Jahre gefoltert wird. Seine Eltern unterstützen seinen Kampf im Gefängnis und schrieben an die Öffentlichkeit: „Ulrich wird seit Monaten unter Bedingungen in Haft gehalten, die nicht mal ein Tier aushält ... die Zellentür ist mit Gummi abgedichtet, so daß kein Geräusch in die Zelle dringt. Das Fenster besteht aus undurchsichtigen Steinen, die schmale Luftöffnung ist so verdeckt, daß keine Sicht nach außen möglich ist. In diesem toten Raum wird unser Sohn praktisch Tag und Nacht, Woche um Woche allein gehalten ... Wir haben den Eindruck, daß er durch die Isolation politisch und menschlich hingerichtet werden soll. Wir fordern, daß die unmenschliche Isolationsfolter an unserem Sohn und an allen Gefangenen, die von der Justiz ähnlich behandelt werden, sofort aufgehoben wird.“

Diese Forderung unterstützen Tausende und der Druck der Öffentlichkeit zwang die bürgerliche Klassenjustiz, etwas zu unternehmen. Ein in der Folgezeit erstelltes psychiatrisches Gutachten bestätigt die von U. Luthers Eltern geäußerten Anklagen.

„Herr Luther ist in seinem derzeitigen psychischen Zustand nicht nur in seiner Urteilsfähigkeit sondern auch in seiner Handlungsfähigkeit nicht uner-



heblich eingengt. Die Einschränkung des Kontaktes und der Realitätsbezug, bis an die Grenze des Wahns, begründet diese Einschätzung der Handlungs- und Entscheidungsfreiheit. Aus psychiatrischer Sicht wird daher empfohlen, Ulrich Luther einem Strafvollzug zuzuführen, der durch die üblichen Dienst-

vollzugsvorschriften geregelt ist.“

ISOLIERHAFTFOLTER – TOD AUF RATEN

Mehr und mehr Kommunisten und Antiimperialisten werden von der bürgerlichen Klassenjustiz ins Gefängnis geworfen.

Wo im Faschismus Folter und KZ's den Kampfeswillen der politischen Gefangenen brechen sollte, hat sich die

Dauerhitze, Sauerstoffentzug, Androhung oder Anwendung von Psychiatrisierung oder Zwangsnarkotisierung. Isolationsfolter führt, über längere Zeit fortgesetzt, zum Tod.

Dieses Mittel der „sauberen“ psychischen und physischen Vernichtung wendet die Bourgeoisie nach wie vor bei politischen Gefangenen an. So hat sie jetzt in Bruchsal, eigens für die RAF-Genossen, einen Isolationsstrakt mit 8 schalldichten Zellen in „Tresorbauweise“ hergestellt. Somit hat die bürgerliche Klassenjustiz neben der Verurteilung auch schon die Vollstreckung des Urteils vorprogrammiert.

Der Kampf gegen die Isolationsfolter muß weiterhin als wichtiger Bestandteil im Kampf gegen politische Unterdrückung gesehen werden.

Der Genosse H. Lehmann, der wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag unter Führung der KPD/ML inhaftiert ist, wurde isoliert, weil er versucht haben soll, eine Zelle der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS im Gefängnis aufzubauen. Er wurde in einen anderen Gang verlegt. Dort liegt niemand außer ihm. Die Zelle hat zusätzliches Fliegengitter nach außen. Die Gefängnisarbeit wie die Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen wurde ihm untersagt. Revolutionäre Sprüche an seiner Wand, wie „Genosse Holger + Katharina + Günther, wir werden euch rächen – Revolution ist unser Versprechen“ und das Emblem der RHD wurden beschlagnahmt. Gleich nach der Bekanntwerdung der Isolierung von Hubert wurde der Anstaltsleiter mit Anrufen bombardiert, in denen die sofortige Aufhebung der Isolation und die sofortige Rückgabe der beschlagnahmten Dinge gefordert wurde.

SCHLUß MIT DER VERNICHTUNGSHAFT!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Bauernfamilie wehrt sich gegen Polizeiterror

In Haltern, Kreis Recklinghausen, verübte die Polizei vor kurzem einen Mordanschlag auf eine Bauernfamilie. Genossen der Ortsgruppe Recklinghausen der Roten Hilfe besuchten die Familie und sagten ihr ihre Hilfe zu. Familie Sch. hat eine Gendarstellung zu den Berichten in der bürgerlichen Presse, die sich auf den Polizeibericht stützen, geschrieben, die wir hier veröffentlichen. Der Bericht ist ein weiteres Beispiel für den Terror der Polizei gegen die werktätige Bevölkerung, der vor nichts zurückschreckt. In diesem Fall ist es nur durch Zufall nicht zum Mord gekommen. Ebenso beispielhaft zeigt der Bericht aber auch die Unerschrockenheit der Werktätigen angesichts der vorgehaltenen Polizeipistole.

Bericht über die Vorfälle am Morgen des 25.8.75

Um ca. 3 Uhr fährt Robert Sch. mit seinem Wagen von der Gaststätte „Haardgrenze“ nach Hause. Eine Polizeistreife, die ihm entgegenkommt, wendet und verfolgt ihn. Auf der Straße Dahläckern schaltet sie Blaulicht und einmal Martinshorn ein.

Ca. 3 Uhr 15 fährt Robert Sch. auf das Privatgrundstück und stellt den Wagen ab. Das Polizeifahrzeug steht auf der Straße. Der Polizeibeamte A. geht auf Robert zu und verlangt die Fahrzeuggpapiere. Vater Alois Sch., wachgeworden, kommt im Schlafanzug hinzu Alois Sch.: Was ist los? Geht das nicht im anständigen Ton? – Was hat er denn verbrochen?

Polizist: „Er soll zu schnell gefahren sein.“

Alois Sch. merkt, daß Polizist A. eine „Fahne“ hat. Währenddessen ist die Familie Sch. wach geworden. Josef Sch. ruft aus dem Fenster:

„Was wollen die Bullen hier, jag sie vom Hof.“ Und geht sofort aus dem Haus.

Polizist A. fordert nun Robert Sch. auf zum Wagen zu gehen und zu „blasen“. Darauf Alois Sch.: „Dann blasen sie auch!“

Polizist A. zieht die Pistole, richtet sie auf Robert Sch., greift ihn am Arm und will zum Wagen. Er ruft Polizeibeamten H. zu: „Hol die Ketten!“

In diesem Moment kommt Frau Sch. aus dem Haus, im Nachthemd.

Polizist A. wendet sich ihr zu, richtet die Pistole auf sie und ruft: „Stehen bleiben oder ich schieße!“, gibt dann einen Warnschuß ab und hält Frau Sch. die Pistole vor die Brust.

Robert Sch.: „Tu die Bleispritze weg!“ schlägt ihm die Pistole aus der Hand und Polizist A. zur Seite.

Polizist H.: „Alles stehenbleiben oder ich schieße!“, und gibt sofort einen Warnschuß ab.

Während dieses Vorganges stand Tochter H. Sch. vor der Haustür.

Polizist A. und H. rufen über Funk Verstärkung. Familie Sch. geht ins Haus. Robert Sch. war ab diesem Zeitpunkt verschwunden.

15 Minuten später, ca. 4 Uhr, kommen 13 Streifenwagen aus Dülmen und Marl, ca. 30 Polizisten, teilweise mit MP bewaffnet, 1 Krankenwagen.

Alois Sch. steht vor der Haustür. Polizei mit Megaphon: „Geben sie ihren Sohn raus!“

Alois Sch.: „Welchen“

Polizist: „Ist egal.“

Alois Sch.: „Robert ist nicht hier.“ Er geht danach ins Haus.

Polizist: „Kommt mit erhobenen Händen raus. Wir schneißeln Tränengas.“

Alois und Josef Sch. treten vor die Tennenür.

Polizist: „Kommen sie mal her!“

Bourgeoisie in der bürgerlichen „Demokratie“ eine „feinere Methode“ der Vernichtung geschaffen. Gestützt auf „wissenschaftliche Erkenntnisse“ plant und führt sie durch - Isolierhaft - den Tod auf Raten.

Isolierhaftfolter bedeutet – schalldichte Einzelzellen, Tote Trakte, Fesselung,

Alois Sch.: „Bin ich Ihr Hund? Kommen sie doch her. Die Türen stehen offen.“

Polizeikommando: „Stürmen!“, nachdem sie sich in 5 – 7er Trupps verteilt haben.

Alois Sch. wird verhaftet, Knüppel sausen auf ihn nieder: Am Kopf, Schulter, rechte Hand. Im Wagen wird er getreten. Er hört noch einen Polizeibeamten: „Jetzt pumpen wir den Josef voll Blei!“

Josef Sch. war durch die Tennentür entwischt und hatte diese verschlossen. Die Polizei bricht sie auf. Aus dem Fenster ruft Josef Sch.: „Weg da unten oder es knallt!“

Er geht dann in die Küche. Die Tür zur Tenne hatte er verschlossen. Frau Sch. und Tochter kommen hinzu. Frau Sch. will sich ergeben. Tochter H. Sch. reißt sie von der Tennentür weg. Da fällt der Schuß, ohne Ankündigung! In 1,20 m Höhe waagrecht durch die Tür gefeuert. Die Kugel schlug in die Wandverkleidung der Sitzbank ein.

Die Sch. flüchten ins Wohnzimmer und schließen die Tür zur Küche ab. Die Polizei bricht die Tür von der Tenne zur Küche auf. Josef Sch.: „Eine Tür habt ihr aufgebrochen. Bei der nächsten knallt!“ Er verhandelte dann durch das Fenster zur Straße mit der Polizei. Unter der Bedingung, daß Frau Sch. und ihre Tochter bleiben können, geht er hinaus um sich zu ergeben. Die Polizei wollte erst Frau Sch. und ihre Tochter haben.

Josef Sch. erlaubt einem Polizeioffizier die Hausdurchsuchung mit einem weiteren Beamten. Es wird nichts gefunden. Frau Sch. übergibt später freiwillig ein Flobert-Gewehr, unbenutzt, was inzwischen wieder zurückgegeben worden ist!

Inzwischen sitzt Josef Sch. im Polizei-VW-Bus. Der Polizeibeamte H. tritt hinzu und sagt: „Da sitzt das Schwein ja. Wir rechnen noch ab. Wenn es auch diesmal nicht geklappt hat, beim nächsten Mal ganz bestimmt!“

Zwei Beamte sollen Josef Sch. zur Wache abtransportieren. Der eine zum andern: „Hast du ihm schon eins in die Fresse gegeben?“, ließ dann aber von seinem Vorhaben ab, weil zuviele Zeugen da waren.

Auf der Wache kommen Alois Sch., der schon vorher da war, und Josef Sch. in verschiedenen Zellen im Keller.

Alois Sch. war vor der Zelle die Kleidung durch einen Polizeibeamten heruntergerissen worden (Schal, Weste) und die Taschen geleert worden. Ca. drei Stunden bekommt er keinen Arzt trotz Verletzung.

Josef Sch. wird durch Polizeibeamten D. geschlagen, weil er angeblich einen Toilettendeckel beschädigt hat, der schon beschädigt war.

Ca. 8 Uhr kommt Polizeibeamter D. zur Zelle von Alois Sch. und sagt: „Sie können gleich gehen, unter einer Bedingung: Sie machen eine Aussage!“ Alois Sch. lehnt dies ab.

Ca. 9 Uhr Vernehmung durch Kripo-Beamten A. Erst Josef, dann Alois Sch. Sie machen beide keine Angaben.

Um 9.30 Uhr werden sie entlassen. Sie warten vor der Wache, daß sie weggebracht werden.

Polizeibeamter D.: „Wollen sie ein Taxi?“

A. Sch.: „Sind ja nicht mit dem Taxi hergekommen.“

Polizeibeamter D.: „Machen sie doch keinen Ärger und gehen sie. Bis jetzt weiß es ja noch keiner.“

Polizeibeamter D. geht wieder in die Wache und kommt kurz darauf wieder heraus: „Wenn ihr nicht bald weg seid, dann box ich euch durch die Stiege!“

A. und J. Sch. wurden dann von einem Familienmitglied abgeholt.

EIN MENSCH IM BLICKPUNKT

Im sozialistischen Albanien:

Das Volk regelt
seine Probleme selbst

In der bürgerlichen Presse liest es sich oft so: „China, Albanien – na ja, zu essen haben sie ja inzwischen genug – aber wehe du arbeitest den Funktionären dort nicht schnell genug oder tanzst aus der Reihe – gleich ab ins Arbeitslager. Da herrscht doch Diktatur!“ Diktatur über die Werktätigen, so behaupten sie und sie werden unterstützt dabei durch die Entwicklung in der Sowjetunion, wo heute unter Mißbrauch des Namens Sozialismus eine blutige Diktatur über die Volksmassen ausgeübt wird.

Der wirkliche Sozialismus sieht ganz anders aus. Der folgende Artikel, den wir der Zeitschrift „NEUES ALBANIEN“ Nr. 5/1974 entnommen haben, zeigt die Fürsorge und Verantwortung des Kollektivs für den Einzelnen, der Kollegen und Nachbarn untereinander, ihre Erziehungsarbeit durch Überzeugung. Mit „Front-Organisation“ ist die Demokratische Front, in der alle albanischen Bürger Mitglied sind und die nach Wohngebieten organisiert ist, gemeint.

Einige Stunden bereits dauerte die Vorstandsversammlung der Front-Organisation unseres Wohnviertels. Wir hatten geglaubt, schnell fertig zu werden. Es handelte sich doch bloß darum, auf den Jungen Astrit N. einzuwirken. Er war nämlich unser Sorgenkind und hatte uns schon oft Scherereien gemacht. Zunächst sprach der Front-Vorsitzende, ehemaliger Kommandant eines Partisanenbataillons. Er sprach langsam und klar und rügte den Jungen.

„Sag, schämst du dich nicht, dich den ganzen Tag herumzutreiben, während unser ganzes Volk fleißig arbeitet?“

Wider Erwarten antwortete der Junge schroff und ebenso deutlich:

„Ich mag halt nicht arbeiten. Was geht das euch an? Hab' ich vielleicht von euch etwas zu essen verlangt?“

Da wurde uns klar, daß diese Versammlung nicht nur kurz mit einer Rüge verlaufen würde.

Ruhig fuhr der Vorsitzende fort:

„Also... du willst nicht arbeiten...“

So. Wir bitten dich darum, und du willst nicht. Fünfmal hast du schon Beruf und Arbeitsplatz gewechselt. In deinem Alter stand ich mit meinem Vater Tag für Tag auf der Arbeitssuche im Alten Basar, dort, wo heute der Kulturpalast steht. Wir warteten, ob nicht doch jemand käme, der unsere Arme brauchte. Meistens gingen wir leer aus. Dann kehrten wir verzweifelt und niedergeschlagen nach Hause zurück, wo die anderen hungrig auf uns warteten. Und du setzt dich einfach an den gedeckten Tisch. Dein Vater und dein Bruder arbeiten, auch deine Mutter arbeitet. Nur du...“

Der Junge rückte unruhig auf dem Stuhl hin und her. Er war betroffen und wollte etwas sagen. Doch da meldete sich der alte Lehrer L Lazar L., ein Vorstandsmitglied, zu Wort und sagte:

„Mehr als die Hälfte der Bevölkerung unseres Landes sind unter der Volksmacht geboren. Das heißt, daß dieser Teil die Angst vor der Arbeitslosigkeit, diesem schrecklichen Übel der Vergangenheit nicht kennt. Vergiß aber nicht, mein Junge, daß, um dieses Übel zu beseitigen, 28 000 Helden ihr Leben hingaben und vergiß auch nicht, daß es immer noch wie ein Alp die Welt bedrückt, denn es gibt heute noch 100 Millionen Arbeitslose auf der Welt, die in Elend leben.“

Im Saal, in dem die Versammlung stattfand, waren an den Wänden verschiedene Diagramme angebracht. Ich blickte auf eines und las: In den Jahren der Volksmacht wurden 243 000 neue Wohnungen gebaut: mehr als die Hälfte der Bevölkerung konnte neue Wohnungen beziehen. Auf einem weiteren Plakat stand in Großbuchstaben: „Der Konsumtionsfond pro Kopf der Bevölkerung war 1972 im Vergleich zu 1950

auf das 2,3fache angestiegen. Der Konsumtionsfond wuchs 2,3 mal schneller als die Bevölkerung.“

Der Alte Lehrer sagte dem Jungen weiter:

„Bei uns gehen heute 698,9 Tausend Personen in eine Schule oder anders ausgedrückt: jeder dritte steht in der Ausbildung. Hast du eine Ahnung, was das kostet? Eine Theaterkarte kostet 2,5 Lek. Weißt du aber, daß ihr Wert eigentlich 30 Lek ist? Du kaufst den Zucker zu einem Achtel des entsprechenden Weltmarktpreises. Wäre das alles möglich, wenn wir nicht alle arbeiten würden? Bei uns sind Unterricht und ärztliche Betreuung kostenlos. Für sozialkulturelle Maßnahmen wird jährlich ein Viertel des Staatshaushalts ausgegeben. Woher kommen diese Mittel, wenn nicht aus unser aller Arbeit? Wir arbeiten alle, damit unser Leben besser wird. Alles erfolgt also für das Wohl des Menschen, für sein Glück.“

An der Diskussion beteiligten sich alle Versammlungsteilnehmer: die junge Dreherin, das Vorstandsmitglied Liri N., die alte Aktivistin Shega S., der Stahlschmelzer Merkur Xh.

Die Versammlung dauerte lange. Wir hätten den schönen Sommerabend anders verbringen können, doch wir waren zusammengekommen, weil uns etwas sehr Wichtiges Sorge bereitete: Einer von uns wollte nicht arbeiten. Diese Sorge wiegt schwer, wenn man bedenkt, daß wir nur eine von tausenden Grundorganisationen sind, die sich um den einzelnen Menschen kümmern.

Gleichzeitig zeigt dies einen Aspekt der großartigen Wirklichkeit unserer Gesellschaftsordnung, in der alles zum Wohl des Menschen erfolgt. Die Sorge um den Menschen beginnt bei uns



Die Arbeit aller ist die Quelle des Wohlstands

schon, ehe er auf die Welt kommt. Denn für die Frauen ist gesetzlich ein sechswöchiger Schwangerschaftsurlaub vorgesehen; außerdem gibt es eine besondere Unterstützung für das Neugeborene. Nach der Niederkunft erhalten die Mütter weitere 6 Wochen Wochenurlaub. Für den Aufenthalt der Kleinkinder in der Kinderkrippe brauchen die Eltern, ebenso wie in den Kindergärten, nur 40 Prozent der Ausgaben zu bezahlen. Albanien ist ein Land, in dem keiner Steuern bezahlt. Es ist eines der ersten Länder der Welt, in denen elektrisches Licht auch in das entlegenste Bergdorf gelegt worden ist. Im laufenden Jahr erhielten alle Dörfer ebenfalls Telefonanschluß. Gleichzeitig wird die Arbeit fortgesetzt, jedem Dorf eine Autostraßenverbindung zu sichern. Jedes Dorf soll außerdem Wasserleitungen erhalten. Ein weiterer Beweis der Fürsorge des Staates für den Menschen ist die Einführung von Renten für die Bauern. Beerdigungskosten werden ebenfalls aus gesellschaftlichen Mitteln bestritten.

„Als ich krank war“, sagt die alte Aktivistin Shega S., „lag ich fünf Monate im Krankenhaus bis ich gesund entlassen wurde. Für den Aufenthalt im Krankenhaus – Medikamente, Kost, ärztliche Behandlung usw. – wurden für mich etwa 6000 Lek ausgegeben. Ich selbst habe nichts dafür bezahlt. Bedenke nun, mein Kind, wieviele Krankenhäuser und wieviele Kranke es in unserem ganzen Land gibt. Alle werden kostenlos aus Staatsmitteln be-

handelt und erhalten gleichzeitig noch ihren Lohn weiter.“

„Arbeit ist die Quelle allen Wohlstands. Ohne Arbeit gibt es keinen Wohlstand“, sagte ein weiteres Vorstandsmitglied. „Das garantierte Recht auf Arbeit ist daher ein konkreter Ausdruck der Fürsorge unserer Gesellschaft für den Menschen.“

„Ein Mensch, wie stolz das klingt.“ In allen Sprachen der Welt erweckt dieses Wort Respekt, denn der Geist und die Hände der Menschen könnten die Welt verändern. Dennoch nimmt der Mensch nicht überall den gebührenden Ehrenplatz ein. Vor nur 30 Jahren wurde auch in unserem Land die Mehrheit der Menschen von den Klassen verachtet, die weder mit ihrem Kopf noch mit ihren Händen etwas leisteten. Millionen und Abermillionen Menschen in der Welt leben heute noch geächtet in Elend.

Wir kamen erst spät aus der Versammlung. Die Straßen waren beleuchtet. Noch gingen die Menschen spazieren. In den Fenstern der Wohnhäuser strahlte Licht. Die Menschen saßen ruhig in ihren Wohnungen, unterhielten sich oder saßen vor dem Fernsehapparat. In ihren Heimen herrschte Sicherheit. Wir begleiteten den Jungen noch bis zu seinem Haus. Er schritt schweigend mit gesenktem Kopf neben uns. Wir waren erleichtert. Wir wußten, daß sich jetzt auch er in unser aufrechtes Leben eingliedern würde, in die Reihen der Erbauer des Sozialismus.



Günters Mörder sind frei - seine Genossen stehen vor Gericht!

Günter Routhier starb vor mehr als einem Jahr an den Folgen eines brutalen Polizeieinsatzes im Arbeitsgericht Duisburg. Seitdem finden in Duisburg beinahe täglich Prozesse statt. Doch nicht die Mörder von Günter stehen vor Gericht. Das Verfahren gegen sie, das Frau Routhier angestrengt hatte, wurde eingestellt. Es sind Genossen, die Günter das letzte Geleit gegeben haben, die die Wahrheit über seinen Mord verbreitet haben, die vor Gericht stehen!

In den letzten Wochen konnte man wiederholt ein riesiges Polizeiaufgebot um das Gerichtsgebäude herum sehen. Das hat seinen Grund, denn die Klassenjustiz beabsichtigt, gegen die Genossen Maicke Tuschen, Hanfried Brenner, Martin Tuschen und Bernhard Kohnke, die bei der Arbeitsgerichtsverhandlung selbst dabei waren, schwere Geld- und Gefängnisstrafen zu verhängen.

Mit Terrorurteilen soll die Wahrheit unterdrückt werden

Den Staatsanwälten und Richtern kommt es dabei nicht darauf an, die wirklich Schuldigen an dem Mord ihrer gerechten Strafe zuzuführen, nein, sie wollen die Wahrheit über diesen Polizeimord unterdrücken, sie wollen erreichen, daß niemand, aus Angst vor Prozessen, Geld- oder Gefängnisstrafen, es mehr wagt, den Werkträgern offen zu sagen, daß hier in der Deutschen Bundesrepublik die Polizei wieder auf Arbeitermord gedrillt wird, um die Kämpfe der Arbeiterklasse niederzuhalten und damit die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu verlängern.

Das ist ihre Absicht! Doch sie fühlen sich nicht mehr sicher bei ihrem schmutzigen Geschäft, die Herren Richter und Staatsanwälte, denn sie wissen

genau: Der Bevölkerung können wir die Lügen, daß letztenendes die Genossen von Günter an seinem Tod schuldig sind, nicht mehr verkaufen, denn die Wahrheit über diesen Mord ist von der KPD/ML, der RHD und anderen revolutionären Organisationen überall in der Bundesrepublik und besonders natürlich in Duisburg weit verbreitet worden. Deshalb greifen sie zu Lügen und Terror und beordern große Polizeiaufgebote, die zuschlagen sollen, wenn der revolutionäre Kampf der Genossen vor Gericht ihnen die Maske der Klassenneutralität vollends vom Gesicht reißt.

„ROUTHIER, DICH KRIEG ICH AUCH NOCH, DANN MACH ICH DICH ALLE!“

Das rief ein Polizist bei dem Einsatz gegen Günter. Er meinte dessen Sohn Pit. Gegen Pit haben sie eine besonders üble Anklageschrift zusammengestellt:

Während einer Zwischenkundgebung bei der Roten 1. Mai Demonstration 1974 der KPD/ML in Duisburg fotografierten Kripobeamte türkische Genossen und Kollegen. Als die Demonstranten das verhindern wollten, will ein Polizist im Auto Pits Hände auf der halb heruntergedrehten Fensterscheibe liegesehen haben und seine Tritte gegen das Auto gehört haben. „Hände gesehen“ und „Tritte gehört“,

das ist der einzige „Beweis“, um ihn wegen „Nötigung“, „Landfriedensbruch“ und „Sachbeschädigung“ zu verurteilen. Der Zeuge: Ein brutaler Polizeispitzel, der gegen die Demonstranten die durchgezogene Pistole zog und der nach eigenen Aussagen vor Gericht auch in die Menge hineingeschossen hätte, der weiterhin mit dem Auto in den Demonstrationszug raste, um seine Haut zu retten.

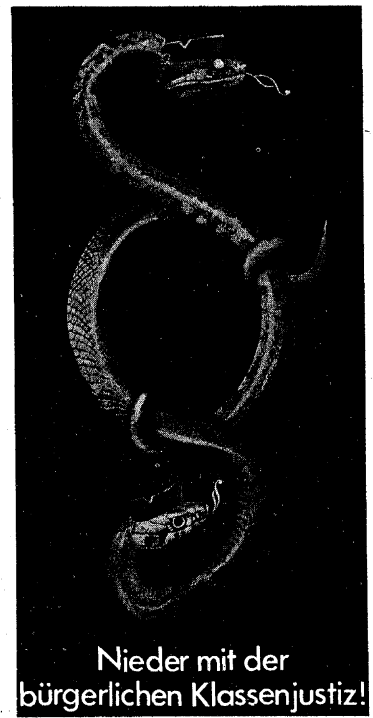
Der zweite Anklagepunkt gegen Pit lautet: „Beleidigung des Staates“ durch den „Röhrenkieker“, der Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann. Pit soll diese angeblich vor dem Arbeitsgerichtsprozess von Hanfried Brenner im letzten Jahr verteilt haben. Der einzige Zeuge: Polizeispitzel Schabronat, einer der Mörder von Pits Vater.

Pit wurde zu sieben Monaten Gefängnis auf Bewährung verurteilt!

Doch die Herren vor Gericht haben auch damit ihr Ziel nicht erreichen können: Noch im Gericht sammelten Genossen von der RHD 82 Mark für die Prozesskosten, auf einer Veranstaltung der Roten Hilfe, auf der Pit selber sprach, wurden weitere 12 Mark gespendet. Genossen aus verschiedenen Städten Nordrheinwestfalens werden die Roten Helfer in Duisburg unterstützen, damit die Klassenjustiz ihr Ziel – die Verbreitung der Wahrheit zu verhindern – trotz aller Terrorurteile nicht erreichen kann.

NIEDER MIT DEM BÜRGERLICHEN KLASSENGERICHT!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!



Nieder mit der bürgerlichen Klassenjustiz!

PROZESSTERMINE

In der Woche vom 6. – 10.10. findet ein Prozeß im Amtsgericht Giessen wegen angeblichen Klebens von Plakaten zum Roten Antikriegstag statt.

Weitere Verhandlungstage für den Vietnamprozeß sind auf den 7. und 9. Oktober in Köln festgesetzt worden.

Am 13.10., in Duisburg, Amtsgericht, Zimmer 74, um 11.30 findet ein Prozeß gegen Beate Kohnke wegen „öffentlicher Beleidigung“, „Verunglimpfung und Verächtlichmachung des Staates“ und „öffentlicher Billigung von Sprengstoffexplosionen“ statt.

Der Prozeß gegen Michael Banos, früherer Verantwortlicher der ROTE HILFE Zeitung, ist auf den 15. Dezember festgelegt worden.

Am 13. Oktober beginnt in Duisburg der Prozeß gegen Beate Kohnke. Ihr wird vorgeworfen:

– die Wahrheit über den Mord an Günter verbreitet zu haben

– einen Roten Morgen verkauft zu haben, in dem es über diesen Staat unter anderem heißt: „Schließlich ist der imperialistische Staat nichts anderes als das Unterdrückungsinstrument zur Sicherung der Ausbeutung der werktätigen Massen durch die Kapitalistenklasse“

– die Bombenanschläge auf die US-Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg, die sich gegen das Völkermorden in Vietnam gerichtet haben, während einer Rede auf einer Kundgebung der Roten Hilfe gebilligt zu haben.

Die Anklagen lauten auf: „Beschimpfung, Beleidigung und böswilligen Verächtlichmachung der Bundesrepublik Deutschland“ sowie „Öffentliche Billigung von Sprengstoffexplosionen“.

Prozeßbeginn: 11.30 Uhr, Amtsgericht Duisburg, Zimmer 74

Fortsetzung von Seite 1

Weltweite Solidarität

Und das spanische Volk steht nicht allein in seinem Kampf. Schon bei Bekanntwerden der Todesurteile kam es in der ganzen Welt zu mächtigen Protestdemonstrationen und militanten Aktionen. Konsulate und Kirchen wurden besetzt, Iberia-Reisebüros wurden verwüstet, ein spanischer Stand auf der Frankfurter Internationalen Automobilausstellung wurde zerstört, zurück blieb ein Protestbrief und eine Fahne der FRAP. In Italien wurden keine spanischen Schiffe gelöscht, keine Telefonverbindungen nach Spanien hergestellt.

Nachdem die Nachricht von der Vollstreckung der Todesurteile bekannt wurde, gab es einen Proteststurm: ob in Schweden, Großbritannien oder den Niederlanden, überall fanden große Demonstrationen statt, in Rom marschierten 70000 durch die Stadt, in Brüssel und Genf wurden bei militanten Demonstrationen einige Polizisten verletzt, die Einrichtungen der spanischen Faschisten schützen wollten. In West-Berlin, München, Frankfurt, Köln und vielen anderen westdeutschen Städten waren tausende auf den Straßen. In Lissabon stürmten spanische und portugiesische Antifaschisten, die FRAP-Fahne voran, die spanische Botschaft, setzten sie in Brand und vertrieben den Botschafter.

Durch diese breite Welle der Empörung sahen sich auch eine Reihe von bürgerlichen Regierungen gezwungen, gegen die Todesurteile und deren Vollstreckung zu protestieren, ihre Botschafter aus Madrid zum Rapport zurückzurufen. Unter ihnen auch die Regierung der Bundesrepublik.

Doch was ist von der „Solidarität“ der westdeutschen Regierung zu halten, wenn z. B. in Frankfurt offiziell die Fahnen auf Halbmast gesetzt werden, gleichzeitig aber Demonstranten verhaftet und zusammengeschlagen werden, weil sie sich gegen den Franco-Faschismus empören, wenn in Bonn die spanische Botschaft und die Häuser der Botschaftsangehörigen mit Panzerwagen und Unmengen von Grenzpolizisten vor Protesten geschützt werden? Wie vertritt sich dieser Protest damit, daß sich der westdeutsche Imperialismus eifrig an der Ausplünderung der spanischen Völker beteiligt?

Diese Proteste sind ein heuchlerisches Manöver der herrschenden Klasse, ihre Mitverant-



wortung für den spanischen Faschismus zu vertuschen und gleichzeitig die Wellen der Empörung in unserem Land zu glätten. Das deutsche Volk aber bittet die Franco-Faschisten nicht um Gnade für die Revolutionäre, es empört sich nicht nur über die Todesstrafe, es unterstützt die spanischen Völker in ihrem schweren Kampf zum Sturz des Faschismus und für die Errichtung der föderativen Volksrepublik.

Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS hat sich mit ihren Kräften in die Solidaritätsfront eingereiht. Sie hat die Bevölkerung der Bundesrepublik und West-Berlins dazu aufgerufen, an Demonstrationen und Kundgebungen teilzunehmen, sie hat Geld für die betroffenen Familien und die FRAP gesammelt, Patenschaften organisiert, Protestaktionen mit Postkarten durchgeführt, Telegramme geschickt, Unterschriften gesammelt, sie hat Parolen gemalt und Plakate geklebt. Bei allen diesen Aktivitäten haben die Genossen eine große Bereitschaft der Werkträgern festgestellt, die spanischen Völker zu unterstützen. Die Verbundenheit unserer Völker hat seit den Tagen der Internationalen Brigaden eine große Tradition, die uns Verpflichtung sein muß, unsere Anstrengungen zu verstärken, damit die fünf Genossen die letzten gewesen sind, die das faschistische Regime ermorden konnte.

DIE VÖLKER DER WELT WERDEN DIE ERMORDETEN GENOSSEN RACHEN!

TOD DEM FRANCO-FASCHISMUS!

ES LEBE DER KAMPF DER SPANISCHEN VÖLKER FÜR DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK!

LETZTE MELDUNG

RAF-Genossen von weiterer Teilnahme am Prozess ausgeschlossen!

Das Gericht in Stuttgart-Stammheim hat beschlossen, ab sofort Baader, Raspe, Meinhof und Enslin von der Teilnahme am Prozess gegen sie auszuschließen. Begründet wird dieser ungehörende, faschistische Angriff auf das Recht der angeklagten RAF-Genossen, sich und ihre politischen Ansichten zu verteidigen, mit der Verhandlungsunfähigkeit der Angeklagten. Diese Verhandlungsunfähigkeit hätten die Gefangenen selbst verschuldet durch ihren Hungerstreik, der inzwischen Monate zurückliegt. Ein entsprechendes Gesetz hat die Bourgeoisie kürzlich eigens für diesen Prozeß zusammengestellt. Nun wird es angewandt, obwohl die Gutachter die Angeklagten für beschränkt verhandlungsfähig erklärt haben.

Der schlechte Gesundheitszustand der vier Genossen ist in Wirklichkeit die Folge der Isolierhaft, in der sie nun schon jahrelang gehalten werden. (s. dazu auch S. 3)

Warum schließt das bürgerliche Klassengericht diese Angeklagten aus, obwohl damit dieses Verfahren auch den letzten Anschein von „fairer Prozeß“ verliert? Weil es die politische Prozeßführung der Genossen fürchtet. Dem Volk soll um jeden Preis vorgemacht werden, daß es sich hier um ganz gewöhnliche Kriminelle handle, daß dieser Prozeß mit Politik gar nichts zu tun habe. In Wirklichkeit aber hat die Bourgeoisie keinen einzigen Beweis gegen die RAF außer ihrem Bekenntnis zur Revolution, die sie – wenn auch auf einem falschen Weg – anstrebt. Das soll vertuscht werden, indem man die Genossen kurzerhand ausschließt.

Dieser Gerichtsbeschluss muß breite Empörung hervorrufen! Verbreitet überall die Wahrheit über die wirklichen Hintergründe des Ausschlusses der Genossen! Verhindert, daß die Angeklagten der RAF in faschistischer Geheimjustiz abgeurteilt werden!

'JÜRGEN J. MUSS LEHRER BLEIBEN!'

Ende Juli erhielt der kommunistische Lehrer Jürgen J. an der Schule Kleine Helle in Bremen einen Brief vom Schulsensor, in dem ihm das Berufsverbot angedroht wird. Begründung: Er soll an der Roten 1. Mai-Demonstration der KPD/ML teilgenommen haben. Lehrer J. antwortete mit einem Offenen Brief, den er am ersten Schultag auch an seine Schüler verteilte.

Die Schüler waren über den drohenden Rauschmiß sehr empört. Sie unterstützten ihren Lehrer sofort beim Verteilen des Offenen Briefes, viele organisierten sich in einem Komitee „Jürgen J. muß Lehrer bleiben!“ Sie gaben zwei Flugblätter heraus und organisierten Kundgebungen auf dem Pausenhof. Jürgen J. selbst machte bei den Eltern und in der Nachbarschaft Hausbesuche, wobei ihm ebenfalls Unterstützung zugesichert wurde.

Als so die Behörde den Widerstand und die Solidarität von Schülern, Eltern und z.T. auch Lehrerkollegen zu spüren bekommt, kriegen die Herren Angst. Sie erteilen Lehrer J. Unterrichtsverbot. Aber auf Wunsch und mit tatkräftiger Unterstützung der Schüler erteilt er seinen Unterricht weiter, auch nachdem der Direktor Hausverbot ausgesprochen hat. Bis er von der Polizei gewaltsam von der Schule geschleppt wird. Darüber sagt Jürgen J. in einer Rede während einer Demonstration, zu der das Schülerkomitee aufgerufen hat: „Liebe Schülerinnen und Schüler, Bremerinnen und Bremer!

Am letzten Donnerstag rufen Schüler des Komitees „Jürgen J. muß Lehrer bleiben“ ihre Mitschüler zu einer Vollversammlung auf. Auf der Vollversammlung wollen die Schüler beraten, wie sie das drohende Berufsverbot gegen ihren Lehrer verhindern können. Ebe alle Schüler im Pausenhof sind, stürzen plötzlich ca. 30 Polizisten auf die Schüler zu. Einer, der gerade mit einem Megaphon zu seinen Mitschülern spricht, wird brutal aus der Menge gegriffen und zum Streifenwagen gezerrt. Die Schüler setzen sich zur Wehr, sind empört, daß man so mit ihren Schulkameraden umgeht. Doch die Polizei hört nicht auf, ein zweiter Schüler wird aus der Menge gegriffen und in Ketten abgeführt. Ein dritter wird festgenommen. — Als ich davon erfahre,

laufe ich schnell auf den Schulhof, um den Schülern zu helfen. Aber auch ich werde bald in Ketten gelegt und zum Streifenwagen gezerrt.

WARUM DAS ALLES? WARUM DIESER POLIZEITERROR AN UNSERER SCHULE, DER KLEINEN HELLE?

Der Bildungsensor der Stadt will mich unter allen Umständen von der Schule schmeißen, weil ich Kommunist bin. Ja ich bin Kommunist, der für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland kämpft, der klarstellt, daß das was sich hinter Mauer, Schießbefehl und Stacheldraht in der DDR abspielt, auch nicht das geringste mit Sozialismus, mit der Herrschaft des Volkes zu tun hat, wie es uns die D,K'P gerne einreden möchte. Das ist eine Diktatur nach der Art Hitlers, unter der Oberherrschaft des russischen Militärstiefels.

Weil ich Kommunist bin, will er mich schmeißen.“

Mit Polizeigewalt wurde Jürgen J. daran gehindert, weiter Unterricht zu erteilen.

Aber ob die Behörde ihr Berufsverbot durchsetzen kann, das ist noch nicht entschieden. Der Kampf geht weiter! Die Rote Hilfe Gruppe an der Kleinen Helle berichtet:

„Den Kampf gegen das Haus- und Unter-

richtsverbot aufgenommen und organisiert hat das Schülerkomitee J. Janz muß Lehrer bleiben“ an der Kleinen Helle. Drei Rote Helfer haben in diesem Komitee von Anfang an mitgearbeitet und mit den Schülern die richtige Vorgehensweise diskutiert und durchgesetzt, den Prinzipien zu folgen: sich auf die Massen stützen und den Kampf revolutionär führen. Wir haben große Unterstützung gefunden und werden sicher noch weiterhin erfolgreich im Kampf gegen den kapitalistischen Staat sein, wenn wir gegen den ‚S‘SB, die revisionistische Oberschülerorganisation der D,K'P kämpfen, die während des gesamten Kampfes gespalten und sabotiert hat. Der allergrößte Erfolg ist allerdings, daß sich die Schüler an dem Kampf gegen die politische Unterdrückung im Schülerkomitee beteiligen und darüberhinaus sich zusammenfinden wollen, um eine Rote-Hilfe-Gruppe a.d. Kleinen Helle aufzubauen.

Unsere nächsten konkreten Aufgabe an der Schule werden sein, den Kampf für die Wiedereinstellung und gegen das Haus- und Unterrichtsverbot verstärkt aufzunehmen, sowie gegen die angedrohte Entlassung gegen vier KOB-Mitglieder (Oberschulorgan des KBW). Außerdem haben J. Janz und zwei Schüler Anklagen wegen Hausfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung oder versuchte Gefangenenbefreiung bekommen. Wir werden noch weiter versuchen, die RHD und ihre Aufgaben an der Schule und unter den Eltern bekanntzumachen und die ROTE HILFE Zeitung zu verankern.“

Auch die Eltern haben eine Resolution verfaßt und zu einer Versammlung aufgerufen.

SOLIDARITÄT HILFT SIEGEN!

Die RHD betreut politische Gefangene

Wegen angeblichen Verkaufs des Roten Morgen zum Mord an G. Routhier war die 17-jährige Genossin Silke aus Bremen zu vier Wochen Jugendarrest verurteilt worden. Genossen der RHD-Aufbaugruppe Bremen berichten:

Um die Genossin Silke während ihrer Haftzeit zu betreuen, haben die Aktivgruppe des betreffenden Stadtteils und die Rote Garde von Anfang an zusammengearbeitet.

Bevor sie von zwei Zivilen abgeholt wurde, machten wir mehrere Kurzkundgebungen vor dem größten Betrieb des Stadtteils, der AG-Weser-Werft. Wir informierten über die Gründe des Terrorurteils. Auf Veranstaltungen der KPD/ML und der Roten Hilfe berichteten wir ebenfalls, verabschiedeten eine Resolution und führten Sammlungen für die Prozesskosten durch.

Das Wichtigste aber war der Kontakt während ihres „verschärften Arrests“. Es ist uns gelungen, schon nach wenigen Tagen — gestützt auf die Massen — täglich Kontakt mit ihr aufzunehmen, und das obwohl Silke keine Post bekam, täglich nur 1/2 Stunde Ausgang hatte und in einer Einzelzelle saß. So wußten wir immer, wie es ihr geht und wir konnten ihr vom weiteren Verlauf des Klassenkampfes in Bremen berichten.

Die Bourgeoisie wollte Silke weich machen — gerade auch durch unsere Arbeit konnten wir Silke in ihrer Gefängniszelle ermutigen, unterstützen und somit die Pläne der Bourgeoisie durchkreuzen.

Drei Genossen aus München haben Bernd Reisser im Jugendgefängnis in Ebrach besucht, wo er wegen seiner Teilnahme am Roten Anti-Kriegstag 1972 inhaftiert ist. Der Besuch fand unter „Sonderüberwachung“ statt, in einem Extraraum, in dem ein Wärter mit Papier und Stift saß zum Mitschreiben. Außer Obst und Schokolade hatten die Genossen Bernd nichts mitbringen dürfen. Sie berichten:

„Bernd sah sehr schlecht und mitgenommen aus, sagte aber, daß es ihm ganz gut gehe.

In Ebrach ist er im Neubau, wo es sauberer ist, er arbeitet bis ca. 14.00 Uhr in der Küche, wo er nur Kartoffeln schälen und Gemüse putzen darf. Sein Antrag auf Außenarbeit wurde abgelehnt. Er liegt auf einer Einzelzelle, was er jedoch positiver findet als in den Sälen wo bis zu 15 Gefangenen liegen. Ebrach ist ein richtiger Verbrechenknast. Dort gibt es organisiertes Bandenwesen und wer nicht mitmacht, wird von den anderen Gefangenen bestraft. Bernd erzählte, daß vor kurzem mehrere einen Ausbruch geplant hatten; als einer nicht mitmachte, wurde er aufgehängt. Der Rauschgifthandel blüht dort.

Bernd hat zur Zeit gar nichts zu lesen, revolutionäre Literatur kriegt er nicht, weil alles verboten ist, was mit seiner Strafe in Zusammenhang steht, deshalb werden auch die meisten Briefe beschlagnahmt, wo was politisches drinsteht, alle ohne Absender sowieso und alle, die von Dortmund kommen. Die Karten vom Roten Antikriegstag hat er alle nicht bekommen, um überhaupt irgendwas zu kriegen, muß er einen sogenannten Bitrapport schreiben.“

Protestiert beim Anstaltsleiter gegen diesen Versuch, Bernd von dem revolutionären Geschehen zu isolieren! Fordert die Herausgabe der Post und die Genehmigung der revolutionären Literatur!

Tel. 09553/215

Über die totale Isolierung von Hubert Lehmann im Niederschönenfelder Gefängnis haben wir auf Seite 3 berichtet. Inzwischen wurde Hubert „auf Schub“ geschickt, um in ein anderes Gefängnis verlegt zu werden. Dies geschah auf Antrag des Anstaltsleiters Giegerich (Tel. 09002/2001), der sich seinerseits auf das bayerische Justizministerium beauftragt (Tel. 089/55971). Hubert hatte sich in Niederschönenfeld bereits gut eingelebt, war verantwortlich für die Bücherei und bei seimifangenen sehr beliebt.

Protestiert gegen Huberts Verlegung!

ADRESSEN

Hubert Lehmann, 889 Aichach
JVA
Peter Bayer, 61 Darmstadt, Marienburger Straße 74
Georg Schmidt, 3578 Schwalmstadt, Paradeplatz 5
Bernd Reisser, 8602 Ebrach, JVA
Gerd Jacobs, 5308 Rheinbach, Aachener Straße 47, JVA
Ulrich Luther, 6308 Butzbach, Kleeberger Straße 23



Kapitalisten setzen sich über Gerichtsurteil hinweg

Am 2.9.75 ist in Bremen der AG-Weser-Prozeß zu Ende gegangen. Im April dieses Jahres wurden Norbert L. und Uwe R. rausgeschmissen, weil sie auf der Werft für ihr revolutionäres Programm zu den Betriebsratswahlen geworben hatten. ...

Ich will euch nun kurz berichten, wie die Ortsaufbaugruppe der RHD in den Kampf eingegriffen hat.

Im Mai wurde auf einer Versammlung der Aufbaugruppe, zu der auch Norbert und Uwe eingeladen wurden, beschlossen eine Gruppe einzurichten, die sich um den Prozeß von den beiden Genossen kümmert. Auf dieser Versammlung wurde zur Unterstützung der Genossen Geld gesammelt.

Die Gruppe hat sofort ein Flugblatt geschrieben, was vor der Werft verteilt wurde. Es wurde nochmal über den Rauschmiß informiert und die Kollegen wurden aufgefordert, zum anstehenden Prozeß zu kommen. Weiter wurden Hausbesuche bei AG-Weser-Kollegen durchgeführt, bei denen die Kollegen auch zu einem Stammtisch eingeladen wurden. Auf dem Stammtisch waren dann auch ungefähr fünf unorganisierte Kollegen da. Sie machten Vorschläge, wie man den Kampf am besten führen kann. So arbeiteten sie bei der Erstellung von Plakaten mit, mit der Überschrift

„AG-Weser angeklagt“, die die Kollegen zum Prozeß mobilisieren sollten.

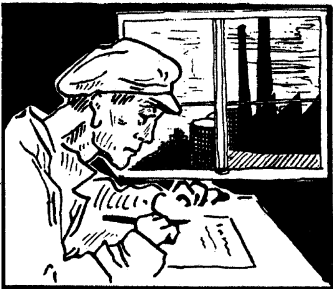
Am ersten Verhandlungstag waren dann ca. 25 Freunde, Kollegen und Genossen erschienen. In der Prozeßtaktik zeigte sich für jeden klar, wie die Bourgeoisie diese Solidarität fürchtet. So wollte sie durch eine Verschleppung des Prozesses die Solidaritätsbewegung lähmen. Es wurden zwei Termine jeweils immer einen Tag vorher wieder abgesagt.

Die Zwischenzeit benutzten wir dazu, nochmal Hausbesuche bei Kollegen durchzuführen, und Plakate zur Information und Mobilisierung herzustellen.

Zum zweiten Verhandlungstag kamen dann wieder ca. 25 Freunde und Genossen. Darunter war auch ein AG-Weser-Kollege. In ihrem Schlußwort legten Norbert und Uwe nochmal ihr revolutionäres Programm zu den Betriebsratswahlen dar. Dabei wurden sie

immer wieder vom Richter unterbrochen. Er meinte, sie sollen doch nun endlich aufhören, nickte dem Anwalt der AG-Weser zu und sagte, sie beide hätten die Sache schon vorbesprochen und das Urteil stünde schon so gut wie fest. Diese offene Zusammenarbeit öffnete dem letzten Zweifler die Augen. Das Urteil fiel so aus, daß die Klage der beiden Genossen angenommen wurde.

Was das wert war, zeigte sich am nächsten Tag, als einer der Genossen wieder auf die Werft ging. Dort war es so, daß der Meister ihm kein Werkzeug und keine Arbeit gab. Als der Genosse darauf ins Personalbüro ging, erklärte man ihm, das Arbeitsgerichtsurteil würde sie überhaupt nicht interessieren, und das Wertverbot würde natürlich weiter bestehen. Das zeigt doch ganz klar, daß ein solches Urteil nur eine Taktik der Kapitalisten ist. Sie wollen damit erreichen, daß die Kollegen den Eindruck kriegen, beim Arbeitsgericht kann der kleine Mann doch Recht bekommen und die Kapitalisten werden verdonnert. In Wirklichkeit kann eben nur eine breite Solidaritätsbewegung der Kollegen eine Wiedereinstellung erzwingen. In diesem Falle, das müssen wir ganz klar sagen, ist uns das noch nicht gelungen. Was wir erreicht haben, ist eben, daß wieder einigen Kollegen die Augen über die Ungerechtigkeit dieses Ausbeutersystems geöffnet wurden. Nur auf diesem Weg, daß wir immer mehr werden, können wir eines Tages eine geballte Kraft werden, und können dann zusammen mit den Kollegen die Rauschmiße verhindern.



Leserbriefe

In der ROTE-HILFE-Zeitung konnte ich bisher lesen, wie die Roten Helfer unter Nachbarn, in Lokalen für die Rote Hilfe sammeln. Davon bin ich begeistert.

Ich hätte dazu auch einen Vorschlag: Bei uns zuhause steht immer eine Sparbüchse, mit der Aufschrift: „Jeder Groschen, jede Mark macht die politischen Gefangenen stark!“ Wie in vielen Haushalten klebe ich Rabattmarkenhefte von Lebensmittelgeschäften, deren Erlös in die „Rote Kasse“ kommt.

STÄRKT DIE ROTE HILFE DEUTSCHLANDS!

Rot Front
Eine Sympathisantin

RESOLUTIONEN

Solidaritätsresolutionen an die zum Tode verurteilten spanischen Revolutionäre und Antifaschisten:

Roter-Morgen-Leserkreis für Kieler Oberschulen und Rote-Garde-Oberschülerzelle

Stammtisch der OG Frankfurt der RHD

Stammtisch der OG Bochum der RHD

14 Soldaten aus dem Manöver „Große Rochade“

Veranstaltung der KPD/ML zu den Landtagswahlen in Bremen

Solidaritätsresolutionen an die inhaftierten Kämpfer des Antikriegstages 1973

Gemeinsame Veranstaltung des KSB/ML und des KSV gegen die wachsende Kriegsgefahr

KSB/ML-Stammtisch Gießen

Gemeinsame Veranstaltung der Roten Garde Zelle Idar-Oberstein, des KJVD Birkenfeld und Genossen der Liga gegen den Imperialismus

Brief an die Genossen von einer Albanien-Reisegruppe der KPD/ML

Solidaritätsresolution des Stammtisches der Ortsgruppe Frankfurt der RHD an Prof. Gerhard Schneider

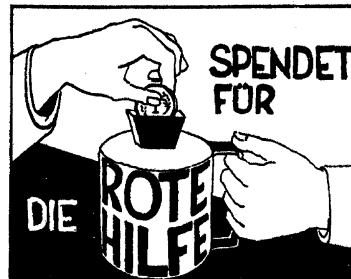
SPENDEN

Spenden ohne besonderen Verwendungszweck:
OG Dortmund 519,21 DM; OG Marburg 50,- DM; Hochzeit in Kiel 50,- DM; OG Münster 546,53 DM; Sascha-Veranstaltung München 448,50 DM; Stammtisch Mannheim 81,59 DM; Stammtisch Frankfurt 183,66 DM; J.V. 24,89 DM; RM-Leserkreis Hamburg -Wilhelmsburg 72,- DM; Gäste des „Alten Sängerkreis Hamburg 95,- DM; OG Münster 112,95 DM; OG Bremen 226,- DM; G.D., Butzbach, 20,- DM; Braunschweiger Genossen 40,- DM.

Spenden mit Verwendungszweck:
OG Tübingen, RH-Woche für politisch Verfolgte 48,50 DM; OG Freiburg für die Gefangenen des RAKT 31,50 DM; OG Freiburg für die Kämpfer von Whyll 38,50 DM; OG Dortmund für die Gefangenen des RAKT 3,50 DM; OG Kiel für politische Prozesse 200,- DM; Lagerfeuerabend in Bochum für Georg Schmidt 28,- DM; Stammtisch Bochum für politisch Entlassene 35,50 DM; Braunschweiger

Genossen für die Gefangenen des RAKT 143,58 DM; Sammlung am Roten Antikriegstag 1975 801,39 DM.

SUMME: 3800,90 DM



Ihr Arbeitslohn ist für die Rote Hilfe

Vor kurzem konnte der RHD eine Spende von 400,- DM übergeben werden, die hauptsächlich der Unterstützung der verfolgten Anwälte Croissant und Schilly dienen soll.

Wie es zu der Spende kam, soll hier kurz berichtet werden. Nicht nur, weil es sich um ein großartiges Beispiel persönlichen Einsatzes handelt, sondern weil es jeden Genossen und jeden Roten Helfer dazu anregen soll, einmal genau zu überlegen, ob es nicht hier oder dort Möglichkeiten gibt, etwas zu sparen, etwas zu verdienen oder anstatt kleiner unnützer Ausgaben einmal das Geld auf die Seite zu legen. Viele Pfennige geben eine Mark und die stärkt die Klassensolidarität und die Arbeit der RH.

Die Frau, die mir das Geld übergeben hat, wohnt in einer Kleinstadt. Sie verfolgt mit großer Empörung den Terror der Bourgeoisie gegenüber den politischen Gefangenen, insbesondere den Genossen der RAF und den verfolgten Rechtsanwältinnen. Es reicht ihr aber nicht, die Ereignisse in der Presse zu verfolgen und sich darüber zu empören, sie will konkret und materiell die Genossen, insbesondere Rechtsanwalt Croissant,

unterstützen.

Genossen, diese Frau ist 77 Jahre alt. Sie lebt in den bescheidensten Verhältnissen und ihre kleine Rente reicht kaum zum Leben. Deshalb hat sie beschlossen, nachts bei einer Kranken Wache zu machen, um Geld zu verdienen. Außerdem ist sie am Wochenende bei ihr, so daß keine freie Zeit verbleibt. So konnte sie mir nach einigen Wochen die 400 Mark in die Hand drücken und tat das mit einem strahlenden, glücklichen Gesicht.

Als sie, um die 400 Mark voll zu kriegen, auch noch die Büchse mit ihren Telefongroschen ausleerte, bat ich sie, so sehr wir uns über die Spende freuen, auch an sich zu denken, denn das Telefongeld würde sie doch sicher nötig brauchen. Sie sagte: „Das Geld gehört mir nicht, das habe ich für diesen Zweck verdient und für keinen anderen.“

Genossen, an diesem Beispiel könnt ihr sehen, was für opferbereite Helfer unter den fortschrittlichen Menschen unseres Volkes vorhanden sind. Auf sie müssen wir uns stützen. Und noch eine Bitte, Genossen: Denkt bei jeder Mark, die ihr ausgeben, daran, daß unter uns eine 77jährige nachts arbeitet, um die von der Klassenjustiz verfolgten Revolutionäre zu unterstützen. Spendet für die Rote Hilfe!

Die Revolution bleibt sein Ziel

Ich schicke Euch hier die Abschrift eines Briefes von einem älteren Genossen, den Peter Bayer auf dem Schub kennengelernt hat. Er sitzt wegen angeblich versuchten Polizeimordes in der Heilanstalt in Weinsberg. Ich betreue ihn nun seit einiger Zeit, schicke ihm Briefe und versorge ihn mit Kaffee und Zigaretten. Nachdem er geschrieben hatte, ich sollte den harten Kampf den Männern überlassen und ich ihm entsprechend geantwortet habe, erhielt ich folgenden Brief: Liebe Genossin Annemarie!

Herzlichen Dank für Deine kampfesfreudigen Zeilen und das Päckchen, das ich heute erhielt. Ich freue mich wie ein König über Deine Bereitschaft und Opfersinn für unsere Sache der Weltrevolution. Nur bitte verzeih mir, daß ich Dich für ein „schwaches Persönchen“ gehalten habe, aber ich wollte Dich, liebe Genossin Annemarie, einer kleinen Prüfung unterziehen! Nun ich weiß aus Erfahrung und der Weltgeschichte, daß es große Frauen im Kampf gab und geben wird. Desto mehr freut mich Deine Bereitschaft und die Frische und Wille für die Revolution sogar das Leben zu opfern. Wir haben es getan (d.h. ich lebe noch), aber viele meiner Mitgenossen sind ermordet worden in den K.Z.s der Nazis und anderen Kerkern. Ich sah sie sterben und war hilflos und habe manche Nacht vor Wut geweint auf meinem Strohsack, ob es in Oranienburg-Sachsenhausen, Neugamme, Buchenwald oder Dachau war! Heute werde ich es anders tun, denn ich war damals jung und eingeschüchtert von den Nazi-Verbrechern. ...

Ich wünsche mir nur, Euch (die jungen Kämpfer) zu erleben in unserer Welt - der Roten Welt - und in der Weltrevolution!!! Das ist mein einziger Wunsch, den ich habe und für den ich gerne mein Leben geben werde! Bitte glaube mir, liebe Annemarie, daß dieser Wunsch mein einziger ist! Ich

weiß, daß Ihr (die Frauen) nicht nur Mütter des Lebens seid, sondern auch Mütter der Helden, die für unsere Sache kämpfen, sie zur Gloria brachten und für sie starben. Und mit Recht hast Du, liebe Genossin Annemarie, den großen Kämpfer Stalin zitiert. Er machte mit Lenin Rußland groß und stark! Die beiden wußten, wie verlogen und perfide die Bourgeoisie ist! Sie erkannten ihre niederträchtigen Ziele, ihren Blutdurst nach Unterdrückung der Massen des Proletariats. Und heute geschieht im Ostblock nichts, was dem Proletariat oder der Revolution dienlich sein soll! Bitte verzeih mir, aber ich verachte die Sozialimperialisten und hasse sie, wie ich die Nazis verflucht und verachtet habe! Als ich in Urlaub in Warschau 1974 gewesen war, habe ich genug erfahren! Meine früheren Freunde (ob vom K.Z. oder früheren Arbeit) sind erschüttert! Sie haben alle erkannt, daß sie verraten worden sind! Sie wollen mit den Sozial-Kapitalisten nichts gemeinsam haben. ...

AN DEN KAMPF!

Wenn unser Volk einmal begreift,
Warum wir kämpfen, leiden?
Dann wird es mündig, wird es reif!
Die Welt wird uns beneiden!

Wenn Deine Pflicht, die Du erfüllst,
wird Rote Früchte tragen,
dann wird das Volk mit Dir gewillt
dem Feind den Kampf ansagen!

Für Genossin Annemarie von Julius gewidmet!

Am 30.8., dem diesjährigen Roten Antikriegstag, demonstrierten in Frankfurt 5000 Menschen gegen den imperialistischen Krieg. Anschließend führte die ROTE GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML ihren ersten Jugendkongreß durch. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS beteiligte sich an der Demonstration unter den hauptsächlichsten Losungen „Freiheit für die Kämpfer des Roten Antikriegstages“ und „Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland“. Geldsammlungen zugunsten der inhaftierten Genossen wurden durchgeführt, die Ortsgruppe Frankfurt verkaufte 1400 mit Parolen der Roten Hilfe beglückten Streichholzschachteln zum Solidaritätspreis. Allein während der Demonstration wurden 126 Zeitungen verkauft. Im folgenden geben wir einen Bericht des Sanitätstrupps der RHD, der von fünf Frankfurter Genossen gebildet wurde, wieder:

Während der Demonstration gingen die Sanis im Block der RHD mit, durch Armbrunden kenntlich gemacht. Den verschiedenen Organisationen wurde bekannt gemacht, daß Erste Hilfe geleistet wird. Während der Demonstration war eine Sanitätsstelle für Verletzte und Kranke eingerichtet worden, in der 15 Genossen behandelt wurden, z.T. schwere Fälle von Kreislaufkollaps. Während des Kongresses der Roten Garde war ein Sanitätsraum vorhanden.

„Besonders hat uns gefreut, daß während des Roten Antikriegstages - als doch recht viele Genossen uns in Anspruch genommen haben - Gelegenheit bestand, mit ihnen über die RHD zu diskutieren, Fehler zu nennen oder Vorschläge zu machen. Auf unseren Wunsch nach einem Arzt, der für den Sanitätstrupp notwendig war, haben sich viele gemeldet und wertvolle Ratschläge geben können. Ein Berufssanitäter, voll ausgebildet, hat uns durch seine Kenntnisse und seinen Sanitätskoffer sehr geholfen, er war während des ganzen Kongresses zur Verfügung.“

Die Genossen haben beschlossen, sich ab sofort als Sani-Trupp fest zu organisieren, ihre Sani-Taschen besser auszurüsten, ihre medizinischen Kenntnisse zu erweitern und die praktischen Erfahrungen des Antikriegstages gründlich auszuwerten, um künftig umso besser medizinische Hilfe im Klassenkampf leisten zu können.



Am 22.8. fand in Lübeck eine Veranstaltung der RHD zum Roten Antikriegstag statt. Dazu erstellten wir ein Flugblatt, das vor den Betrieben verteilt und in den Stadtteilen breit gesteckt wurde. Außerdem klebten wir selbstgeschriebene Plakate, die zur Veranstaltung einluden.

In dem überfüllten Raum fanden sich dann auch zehn bis fünfzehn Freunde ein, darunter einige, die hier das erste Mal mit der RHD in Kontakt traten. Nach einer Rede über den Roten Antikriegstag und die eingesperrten Kämpfer des Roten Antikriegstages 1972 folgte eine Pantomime mit Tonbanduntermalung, die mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Genossen spielten die drohende Kriegsgefahr durch die beiden Supermächte, die daraus folgende Unterdrückung derer, die dagegen-kämpfen, und schließlich die von der RHD organisierte Solidarität.

In der anschließenden Diskussion wurde die Unterstützung eines Lübecker Rotgardisten beschlossen, dem die Bourgeoisie mit Abschiebung nach Österreich droht.

Nach der einstimmig verabschiedeten Resolution zur Einbürgerung von Genossen Sascha begann der Sturm auf die Tombola, die 217,- DM einbrachte.

Der Erfolg dieser Veranstaltung ist darauf zurückzuführen, daß ein relativ großer Kreis von Roten Helfern zu den Vorbereitungen aktiviert werden konnte. Wir werden künftig versuchen, auch mehr Sympathisanten in die praktische Arbeit einzubringen.

Rot Front OG Lübeck

DOKUMENTATION
Die Urteile gegen die Festgenommenen vom 1. und 2. Mai 1973 stehen nahe bevor.
Genevva Forest und ihre Freunde - Opfer der faschistischen Provokation



46 Seiten Solidaritätspreis: 2,50 DM
Der Erlös aus dem Verkauf dieser Broschüre ist für die inhaftierten Genossen bestimmt

SOFORT EINEN DEUTSCHEN PASS FÜR SASCHA!
Diese Broschüre, herausgegeben von der OG München der RHD, hat ca. 30 Seiten Umfang Preis: 1,50 DM

In Kürze wird eine Broschüre mit Briefen von politischen Gefangenen erscheinen.
Umfang: ca. 30 Seiten Preis: 1,50 DM

Außerdem ist noch erhältlich:
Grüßpostkarten an die Gefangenen des Roten Antikriegstages mit dem Bild eines Scherenschnitts des Genossen Hubert Lehmann. Solidaritätspreis: 0,50 DM Der Erlös ist für den Prozeßfond

Terrorprozeß in Köln-

FREIHEIT FÜR DIE VIER TÜRKISCHEN PATRIOTEN

Vier türkische Patrioten stehen in diesen Tagen wegen angeblicher Mitgliedschaft in der patriotischen Einheitsfront der Türkei (PEF) in Köln vor Gericht.

Die PEF wurde 1971 nach der faschistischen Machtergreifung in der Türkei durch das Militär in Deutschland gegründet und schließt alle türkischen Patrioten, die in Europa arbeiten und studieren, ein. — Die PEF verbreitet die patriotischen, antifaschistischen Ansichten unter den Türken im Ausland. Sie propagiert die Nationale Einheit gegen den Faschismus und Imperialismus. — Die PEF ermutigt die türkischen Arbeiter gegen ihre Ausbeutung und Unterdrückung durch die europäischen Imperialisten zu kämpfen. — Die PEF ließ in der Türkei verbotene Bücher im Ausland drucken und sorgt für ihre Verbreitung. — Sie sammelt Geld, Kleider und Medikamente für die Angehörigen der politischen Gefangenen in der Türkei.

Über ein Jahr

Isolationsfolter!

Seit über einem Jahr befinden sich die vier Patrioten in Untersuchungshaft. Seit fast einem Jahr sitzen sie in Einzelhaft. — Sie sind von allen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen. — Nachts werden stündlich die Zellen kontrolliert, das Licht wird solange aus- und eingeschaltet, bis die Genossen erwachen. — Brief- und Besuchsbeschränkungen sind eingeführt worden, um die Solidarität von außen zu verhindern und die Isolierung zu verstärken. — Vor und nach jedem Besuch werden die Genossen und die Besucher durchsucht. Marxistisch-leninistische Literatur und Bücher und Zeitungen in türkischer Sprache sind nicht zugelassen. Das erschwert ganz erheblich die revolutionäre Prozeßvorbereitung, denn die Genossen sprechen nur wenig deutsch. Hinzu kommt die körperliche und geistige Schwächung der Genossen durch die Isolationsfolter.

Vier Tage vor dem Prozeßbeginn, am 28. Juli wurde der Prozeß auf Mitte September verschoben mit der Begründung „die Sicherheitsvorkehrungen“ seien nicht ausreichend. Damit wird die zerstörende Einzelhaft weiter verlängert. „Wo die fehlenden Sicherheitsvorkehrungen Grund geben, den Beginn des Prozesses zu verschieben, sind die jetzt angewandten Vorkehrungen Anlaß genug, den Eindruck zu erwecken, bei den Angeklagten handele es sich um gemeingefährliche Verbrecher“, schrieben die Rechtsanwälte der vier Genossen in einer Presseerklärung.

Im Gerichtssaal sind die Fenster mit Metallrahmen aus panzersicherem und kugelsicherem Glas ausgerüstet. Verteidiger und Zuschauer müssen sich erst durchsuchen lassen, wenn sie in den Gerichtssaal wollen.

Der faschistische Terror bestimmte dann auch die ersten Prozeßtage.

— Reaktionen der Zuschauer, wie Beifallklatschen und Faustheben dienten Someskoey dazu, mit der Räumung des Saales zu drohen.

— Nicht nur gegen die Öffentlich-

keit, auch gegen die Verteidiger geht die bürgerliche Klassenjustiz offensiv vor. So wird über jeden Beitrag oder Antrag der Verteidiger genau Buch geführt, um eventuell später Beweise für eine Anklage zu haben.

— Wenn ein Angeklagter durch seinen Anwalt einen Beweisantrag stellt, muß er für den Rest des Verfahrens den Saal verlassen. Der Prozeß geht ohne ihn weiter. Der Antrag wird erst später



verhandelt. Das dient dazu, daß kein Genosse von dem anderen genau weiß was verhandelt wird und dem Prozeß nicht folgen kann.

— Die Angeklagten sitzen getrennt. Besonders Özerturgt ist völlig isoliert und weiß nicht, was vorgeht, da er kein Wort Deutsch versteht und der Übersetzer nicht so schnell übersetzen kann.

DIESER TERROR VERFOLGT EIN ZIEL

In dem Prozeß geht es nicht nur um das Schicksal der vier türkischen Patrioten. Mit der Kriminalisierung der PEF sollen gleichzeitig die Arbeiter und Stu-

dentenvereine und die gesamte Bewegung der türkischen Patrioten gegen den Faschismus in der Türkei getroffen werden. Der Ausgang des Prozesses wird darüber entscheiden, ob es der Bourgeoisie gelingt, die politischen Aktivitäten ausländischer Antifaschisten in der DBR als „kriminelle Handlungen“ abzuurteilen und antifaschistische Organisationen als „kriminelle Vereinigung“ zu verbieten.

Die PEF ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft eine „kriminelle Vereinigung“, weil „sie versucht, auf dem Weg eines gewaltsamen Umsturzes in der Türkei eine Volksrepublik nach maoistischem Vorbild zu errichten“. Als Beweis gegen die Genossen dienen dem Staatsanwalt Aussagen, die der türkische Geheimdienst MIT durch brutale Folterungen an politischen Gefangenen in der Türkei erpreßt hat. Außerdem

Die Türken kämpfen in der DBR mit in erster Front gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Die Bourgeoisie fürchtet die Kraft die von der PEF für diesen Kampf der türkischen Arbeiter ausgeht. Die PEF gibt den Kämpfern der Türken eine klare politische Ausrichtung und faßt sie zusammen. Sie ist die Führung der türkischen Arbeiter im Ausland, im Kampf gegen den Faschismus in ihrem Heimatland.

Schon einen Anlauf startete die Bourgeoisie, die PEF zu kriminalisieren. Subasi und Dageyi mußten jedoch freigesprochen werden, mit der Begründung, die PEF sei keine kriminelle Vereinigung. Mit dem Kölner Verfahren soll nun in einem 2. Anlauf die endgültige Kriminalisierung der PEF durchgesetzt werden. Die Führung des Prozesses übergab die Bourgeoisie ihrem fähigsten Mann, Richter Someskoey. In den letzten Jahren verurteilte er sieben Arbeiter und Studenten zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen, weil sie Mitglieder der NPD aus Köln-Nippes vertrieben hatten. Er verurteilte Baha Targün zu sechs Jahren Gefängnis. Und er war es auch, der das Gesetz zum Ausschluß der Verteidiger gleich an einem sogenannten „normalen“ unpolitischen Fall ausprobierte.

Die RHD hat den Kampf zur Solidarisierung mit den vier türkischen Patrioten aufgenommen. Sie schickte Postkarten ins Gefängnis, besuchte die Genossen und unterstützte ihren Kampf auch materiell, durch Geld- und Sachspenden. Sie beteiligte sich an einer Demonstration für die Freilassung der Genossen in Köln.

UNTERSTÜTZEN WIR DIE VIER TÜRKISCHEN PATRIOTEN WEITER IN IHREM KAMPF!

SOFORTIGE FREILASSUNG DER VIER PATRIOTEN!

HANDE WEG VON DER PEF!

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

Kommt zum Prozeß!
Im Oktober: 2., 6., 8., 10., 14., 16., 22., 24., 28., 30.,

Im November: 3., 5., 7., 11., 13., 17., 19.,

SPENDET FÜR DIE PROZESSKOSTEN!

Konto H. Held 122 001 729 Stadtparkasse Gelsenkirchen, Stichwort: türkische Patrioten.

Abonniert die Zeitung der Roten Hilfe Deutschlands

Rote Hilfe

Abonnementspreis für 1 Jahr: Einzelabo: 10 DM (einschl. Porto) Ah 5 Stück: 6 DM je Abn. zuzüglich Porto.

Bestellt das Programm und Statut der RHD.

Bestellungen an:
RHD
46 Dortmund
Dorstfelder Hellweg 22

Bestellschein

A) Probenummer B) Abonnement ab Nr.

Ich möchte Informationsmaterial Ich möchte besucht werden

Name, Vorname:

Beruf:

Postleitzahl/Ort:

Straße:

Datum:

Unterschrift:

Impressum
Herausgeber
Zentrale Leitung der Roten Hilfe Deutschlands
Selbstverlag
Verantwortlicher Redakteur Dieter Kwoll
Druck: Alpha-Druck GmbH-Dortmund
Redaktion und Vertrieb Büro der RHD
46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

Kontaktadressen:

Bremen: Stammtisch jeden 1. Montag um 19 Uhr im Landheim Waller Fleerstr.

Bochum: Stammtisch jeden Sonntag, 11 Uhr, Bo-Langendreer, Gaststätte „Koke“, Ecke Wittenberg/Wartburgstr.

Dortmund: Büro Dorstfelder Hellweg 22, Mi. 17 - 19 Uhr und Sa. 11 - 13 Uhr.

Stammtisch jeden Freitag 19 Uhr, Haus Pelzing, Kesselstr.

Giessen: Stammtisch jeden 2. Freitag, 19.30 Uhr, Stein's Eck, Steinstr.

Hamburg: Stammtisch jeden 1. Sonntag 11 Uhr, Gaststätte Holsten-Bier Ecke Kieler Str./Langenfelder Damm

Hannover: Stammtisch jeden Freitag 19 Uhr, Hann.-Linden „Pariser Platz“ Ecke Kirchstr./Davenstädterstr.

Kassel: Jeden Freitag 20 Uhr, Gaststätte „Kellim“, Bürgermeister-Brunnen-Str.

Kiel: Buchladen J. Hauberg, Gutenbergstr. 46, Mi. und Fr. von 16 - 18 Uhr

Lübeck: Stammtisch jeden Donnerstag 19 Uhr, im „Alten Steeknitzfahrer Amtshaus“ Hartengrube

Marburg: Stammtisch jeden Montag 20 Uhr, „Lahnbrücke“ Gisselberger Str.

München: Stammtisch jeden Donnerstag 19 Uhr, Gaststätte „Keferloher“ Ecke Schleißheimer Str./Frankfurter Ring

Münster: Stammtisch sonntags 11 Uhr, „Augustenburg“, Ecke Augusta-str./Friedrich-Ebert-Str.

Recklinghausen: Stammtisch jeden 1. Donnerstag 19 Uhr, Haus Fuchs Hochlarmarkstr.

Tübingen: Stammtisch jeden 2. Mittwoch, 18.30 Uhr, im „Herzog Ulrich“ Ulrichstr. 11

Westberlin: Büro Berlin 65, Reinickendorfer Str. 48, Eingang in der Gottschedstr., Öffnungszeiten: Di. und Do. 17 - 19 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr

Spendenkonto der RHD: Stadtparkasse Gelsenkirchen Nr.: 122 001 729 Held